



Für zukunftsfähige Hochschulbildung

Positionspapier zur Bundestagswahl der Bundesstudierendenvertretung fzs e.V.

09.01.25

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Lisa Iden,
Emmi Kraft

Akademische Bildung ist heute relevanter denn je. Mehr Berufsfelder werden akademisiert, die Transformation der Wirtschaft macht alle wissenschaftlichen Disziplinen auch ökonomisch unverzichtbar. Gute Studienbedingungen sind daher einerseits eine Frage der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts: allen jungen Menschen müssen alle Bildungswege und alle Berufe offenstehen. Andererseits sind sie auch ein effektives Mittel gegen Fachkräftemangel. Gute Studienbedingungen verursachen Kosten – Kosten, die eine Investition in die Zukunft sind und sich mehrfach auszahlen. Als Bundesstudierendenvertretung erwarten wir von der nächsten Bundesregierung, endlich die Weichen für zukunftsfähige Studienbedingungen zu stellen.

Soziales & Wohnen

BAföG

In der ablaufenden Legislaturperiode wurde die dringend nötige grundlegende Reform der Ausbildungsförderung abermals verpasst. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erhöht die Verantwortung in Händen der nächsten Regierung, endlich beherzt zu handeln. Für eine zukunftsfähige Ausbildungsförderung fordern wir:

1. Tatsächlich **bedarfsdeckende, dynamisierte Sätze** mit realistischer **ortsangepasster Wohnkostenpauschale**, die die erhöhten Mieten studentischen Wohnraums gegenüber dem Durchschnitt berücksichtigt.
2. Rückkehr zum **Vollzuschuss** über schrittweise Absenkung des Darlehensanteils bis spätestens 2030.
3. Schrittweiser Übergang in eine **elternunabhängige Förderung** bis spätestens 2030.
4. Generelle **Erhöhung der Förderhöchstdauer** auf Regelstudienzeit plus zwei Semester sowie unbürokratische Verlängerung für Studierende mit Kind, Pflegeverpflichtungen, Behinderungen, Krankheiten, ehrenamtlichem Engagement und Härtefällen.
5. Ausweitung des Empfänger*innenkreises auf alle an staatlichen deutschen Hochschulen eingeschriebenen Student*innen.
6. Stärkung und Vereinfachung des **BAföGs für Schüler*innen** ab Klasse 10 als Voraussetzung für eine freie Wahl des weiteren Bildungswegs.



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Lisa Iden,
Emmi Kraft

Förderung Studierendenwerke

Die Finanzierung der Studierendenwerke bedarf substanzieller öffentlicher Zuschüsse. Es darf sich nicht mit der sinkenden Unterstützung durch die Länder zufriedengegeben werden. Stattdessen muss eine **Ko-Finanzierung über einen Bund-Länder Staatsvertrag** entwickelt werden, um die Funktionsfähigkeit der Studierendenwerke an allen Hochschulstandorten sicherzustellen. Dabei ist starke Mitbestimmung der demokratisch legitimierten Studierendenvertretungen vor Ort nötig.

Programm Junges Wohnen

Das erfolgreiche Programm Junges Wohnen muss **fortgeführt werden**. Es muss evaluiert werden, ob die Förderhöhe ausreichend ist und ob Sonderförderungen für besonders angespannte Wohnungsmärkte nötig sind. Zur besseren Umsetzung sollte die **Gründung von Azubiwerken** analog zu Studierendenwerken gefördert werden und gemeinsame Projekte unterstützt werden.

Instrumente zur Regulierung der Mietpreise und der Verfügbarkeit von Wohnungen

Eine der zentralsten Herausforderungen im Studium und Hürden für ein Studium ist die Verfügbarkeit von zumutbarem und bezahlbarem Wohnraum. Vermieter*innen nutzen **Lücken im Mietrecht** und die prekäre Situation der Studierenden aus, um WG-Zimmer und kleine Wohnungen zu Wucherpreisen und in unzumutbarem Zustand zu vermieten. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Insbesondere müssen effektive Instrumente geschaffen werden, um die dadurch verschärfte Konkurrenz von Studierenden mit jungen Familien und anderen finanziell schwachen Gruppen um denselben Wohnraum, zu entspannen.

Wir fordern dazu die Fortführung der **Mietpreisbremse** unter Abschaffung jeglicher Schlupflöcher, insbesondere der Ausnahme für möblierten Wohnraum und **Mietenstopps bzw. -senkungen** in besonders überteuerten Märkten. Wenn nötig, muss Wohnraum **vergesellschaftet** werden, insbesondere ehemals öffentliche Immobilien.

Auch Studierende in jeglichen Lebenslagen, wie Studierende mit Behinderung, mit Pflegeverpflichtungen oder mit Kindern, soll das Wohnen nicht verwehrt bleiben. Ihren Sonderbedarfen muss Rechnung getragen werden.



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlerstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Lisa Iden,
Emmi Kraft

Nationale Strategie Social Dimension

Bund und Länder sollen gemeinsam mit den Stakeholder*innen der AG Bologna eine nationale Strategie zur Umsetzung der „Principles and Guidelines to strengthen the Social Dimension of Higher Education in the EHEA“ erarbeiten.

Zukunftsfähige studentische Mobilität

Für die weit überwiegende Mehrheit der Studierenden ist Mobilität mit dem ÖPNV verbunden. Im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets sind mittlerweile zahlreiche Studierendenschaften von traditionellen Semestertickets auf das Deutschlandsemesterticket umgestiegen. Beide Modelle kommen bisher ohne Zuschüsse aus, sie sind im besten Fall ein Win-Win Modell für Studierende und Verkehrsunternehmen. Die Abhängigkeit des D-Semestertickets vom D-Ticket lässt allerdings keine nachhaltige Planung zu. Der Bund muss daher die **Verhandlung eines eigenständigen bundesweiten Semestertickets zwischen Studierendenvertretungen und Verkehrsunternehmen** unterstützen, das alle Verkehrsverbünde umfasst und zu **günstigen Preisen** Mobilität ermöglicht.

Internationalisierung

Wir schätzen die mit der Internationalisierung der Hochschulen einhergehende Austauschkultur. Internationale Studierende, die nach dem Studium in Deutschland bleiben, sind nötig, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wenn Deutschland ein attraktives Land für internationale Studierende bleiben will, müssen jedoch Missstände behoben werden.

Neben dem Zugang zum BAföG muss die Notwendigkeit eines **Sperrkontos** in Höhe von zwölf BAföG-Höchstsätzen überprüft werden. Diese Summe auf einmal aufzubringen, stellt eine für viele unüberwindbare Hürde dar. Die monatliche Auszahlung bedeutet eine Entmündigung der Betroffenen. Finanzielle Sicherheiten müssen daher mit sozialen Überlegungen abgewogen werden, insbesondere chancengerechtem Zugang zum deutschen Hochschulsystem.

Der Bund soll sich außerdem **gegen Studiengebühren für internationale Studierende** einsetzen.

Internationale Studierende, gerade in short-term Aufenthalten, sind besonders häufig von **Betrug am Wohnungsmarkt** betroffen. Der Bund sollte daher eine zentrale Meldestelle einrichten und proaktiv Informationen über Mieter*innenrechte und Vermieter*innenpflichten in üblichen Fremdsprachen speziell für internationale Studierende zur Verfügung stellen.



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Lisa Iden,
Emmi Kraft

Hochschulfinanzierung & Infrastruktur

Hochschulfinanzierung

Der **Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken** und der **Pakt für Forschung und Innovation** müssen weiterentwickelt werden, um Kostensteigerungen und Lohnkostenentwicklungen dynamisch abzubilden. Zur Finanzierung können auch die Mittel der **Exzellenzstrategie** herangezogen werden, die auch nach 20 Jahren keine qualitativ herausragenden Hochschulen produziert hat und ein überteuertes Marketingprogramm ohne realen Wert darstellt. Sie kann **ersatzlos gestrichen** werden. Ebenfalls muss der Bund durch die Überführung eines nennenswerten Anteils seiner zahlreichen **Drittmittelprogramme in Grundfinanzierung** mehr Verlässlichkeit herstellen und die Wissenschaftsfreiheit stärken.

Hochschulbau/Sanierung

Die Bausubstanz deutscher Hochschulen befindet sich in unterschiedlichen Formen des Verfalls. Nach Deckeneinstürzen z.B. an der Universität Marburg oder der TU Dresden steht die körperliche Unversehrtheit von Mitarbeiter*innen und Studierenden infrage. Die nächste Bundesregierung muss deshalb gemeinsam mit den Ländern ein **Programm zur nachhaltigen und barrierefreien Sanierung** auflegen. Dies ist auch notwendig, um die teils seit Jahrzehnten veraltete energetische Standards auf ein modernes Niveau zu heben und klimaneutrale Hochschulen zu erreichen. Das Programm muss mittel- bis langfristig angelegt werden und mindestens in Höhe einer **mittleren zweistelligen Milliardensumme** liegen.

Gute Arbeit in Studium und Wissenschaft

Arbeitsbedingungen an Hochschulen

Die verspätete **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes** muss in der nächsten Legislatur prioritär behandelt werden. Sonderbefristungen dürfen nur für tatsächliche, eng definierte Qualifikationsstellen weitergeführt werden. Die Einschränkung der Tarifautonomie muss ersatzlos gestrichen werden. Dies ist nicht nur nötig, um Hochschulen zu zukunftsfähigen Arbeitgeberinnen umzubauen – die **Qualität von Studium, Lehre und Forschung** hängt direkt mit der Qualität und Dauer von Arbeitsverhältnissen zusammen.



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Lisa Iden,
Emmi Kraft

Unbezahlte Praktika abschaffen

Praktika stellen einen zentralen Bestandteil vieler Studiengänge dar, entweder verpflichtend oder wahlweise und stellen Studierende regelmäßige vor fast unüberwindbare finanzielle Herausforderungen. Einerseits, weil neben einem Vollzeitpraktikum kaum Zeit für einen Nebenjob bleibt, den 2/3 der Studierenden zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts benötigen, andererseits, weil oftmals zusätzliche Fahrtkosten oder kurzfristige Mieten außerhalb des Wohnorts anfallen. Durch das **Schlupfloch der Pflichtpraktika** können Behörden und Unternehmen Studierende für 0 € beschäftigen. Diese Praxis muss ersatzlos gestrichen werden. Jedes Praktikum muss so vergütet werden, dass der **Lebensunterhalt der Praktikant*innen sichergestellt** ist. Dies gilt auch für Schulpraktika und das praktische Jahr in medizinischen Studiengängen. Noch vor einer Gesetzesänderung muss die nächste Bundesregierung die Praxis der Bundesbehörden beenden, ausschließlich Pflichtpraktika anzubieten und Praktikumsgehälter mindestens in Höhe des BAföG-Höchstsatzes zahlen.

Inklusion

Hochschulen sind in ihrer derzeitigen Form ein Paradebeispiel für Barrieren. Sowohl physische wie beispielsweise das Fehlen sinnvoller und zugänglicher Plätze für **Rollstuhlnutzende**, als auch unsichtbare Barrieren, wie z. B. diskriminierende Strukturen oder der Mangel an Unterstützung für **neurodiverse Studierende**, sind auf den Campi weit verbreitet. Auch die **psychische Gesundheit** der Studierenden ist von zentraler Bedeutung. Laut Studien sind Studierende eine **besonders gefährdete Personengruppe**. Der Ausbau der psychosozialen Beratungsstellen ist daher ein unerlässlicher Schritt. Dazu fordern wir ein Bundesprogramm.

Darüber hinaus muss an Hochschulen umfassend über dieses Thema aufgeklärt und Sensibilisierung betrieben werden, um ein unterstützendes Umfeld zu schaffen, das die Bedürfnisse aller Studierenden berücksichtigt.